



Für zwei Kolleginnen des Archivs, die seit anderthalb Jahren einen unzumutbaren Arbeitsplatz hatten, wurde durch geringfügige bauliche Veränderungen, praktischere Regale und effektivere Einrichtung ein Arbeitsraum gewonnen. Dies geschah auf Grund eines Rationalisierungsvorschlags des Kollektivs im Archiv. Auf dem Foto der Leiter des Archivs, Genosse Adolph, in dem neu gewonnenen Raum. Sein bisheriger größerer ist jetzt Arbeitsplatz der beiden Kolleginnen.  
Foto: Schäffler



Fünf Forschungstudenten, ein Oberassistent und Professor Landgraf aus der Sektion Grundlagen des Maschinenwesens schlossen sich zusammen und reichten den Rationalisierungsvorschlag ein, eine Programmabteilung einzurichten, mit einer Spezialmappe für jedes größere Forschungsprogramm. Die Vorteile bestehen unter anderem darin, daß sich jeder Mitarbeiter einen Überblick über vorhandene Programme verschaffen kann; der Informationsaustausch mit anderen Bereichen und der Industrie wird effektiver; Rechenzeit wird eingespart. Die ersten Mappen sind gefüllt; der Vorschlag soll im DDR-Maßstab genutzt werden. Näheres in einer der nächsten Universitätszeitungen.  
Foto: Detlef Weber

Der Rektor, die UGL und die FDJ-Kreisleitung hatten im Juli 1971 auf der Grundlage des Beschlusses der Vertrauensleuteversammlung der Technischen Universität vom 13. Juli 1971 zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem VIII. Parteitag der SED die sozialistische Rationalisierung in Aus- und Weiterbildung, Forschung, Verwaltung und technischen Bereichen in den Mittelpunkt gestellt. Sie appellierten in einem Aufruf an alle Arbeiter, Angestellten, Studenten und Wissenschaftler, ihre Ideen, Vorschläge und aktive Mitarbeit darauf zu richten, zur sozialistischen Rationalisierung und Modernisierung der materiell-technischen Basis beizutragen (vgl. dazu UZ 14/71, 16/71 und 18/71 sowie den Plakataufdruck „Jeder TU-Angehörige ein Neuerer und Rationalisierer“). Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die besten Vorschläge zur Ausarbeitung einer TU-Rationalisierungskonzeption für den Fünfjahresplan 1971 bis 1975 genutzt werden, die als Bestandteil unserer Wettbewerbskonzeption in allen Gewerkschafts- und FDJ-Gruppen zur Diskussion gestellt wird.

# Ist jeder TU-Angehörige ein Neuerer und Rationalisierer?

Von Genossen Dozent Dr. rer. oec. Horst Brauer, Sektion Arbeitswissenschaften

## WAS WURDE ERREICHT?

Auf Grund des Aufrufs wurden rund 150 Vorschläge zur Rationalisierung der verschiedenen Bereiche, Aus- und Weiterbildung, Forschung, Leitung und Verwaltung, Labors und Werkstätten eingereicht, die zur Erhöhung der Effektivität der Arbeit, der Grundfonds- und Materialökonomie sowie zur rationellen Arbeitsorganisation beitragen. Viele Beteiligten haben als Anerkennung einen Buchscheck über 40 Mark erhalten. Für die besten Vorschläge wurden zusätzlich Geldprämien gezahlt. Die besten Vorschläge, von denen 48 als Neuererzuschläge anerkannt werden konnten, bildeten eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Rationalisierungskonzeption der TU für den Zeitraum bis 1975. In der Wettbewerbskonzeption der TU für das Planjahr 1972, die unter dem Motto steht „Klassenmäßig erziehen – planmäßig und mit höchster Effektivität studieren, ausbilden und forschen – klug rationalisieren – uns allen zum Nutzen!“, heißt es hierzu:

„Der mit dem Rationalisierungsauftrag 1971 erreichte Aufschwung in der Neuerertätigkeit an der TU wird 1972 weiter gefördert, um alle Ideen und Aktivitäten der Hochschulangehörigen für die Rationalisierung in Lehre, Studium, Forschung, Verwaltung, Werkstätten und Versorgung zu verwerten. Die in der Rationalisierungskonzeption der TU für den Zeitraum bis 1975 enthaltenen Maßnahmen für 1972 sind planmäßig zu verwirklichen“ (vgl. UZ-Beilage 18/71, S. 8). Die Rationalisierungskonzeption wurde unter Verwendung der Vorschläge zum Rationalisierungsauftrag, der Vorschläge der Fachdirektorate und der Sektionen sowie der Zusammenarbeit der wissenschaftlich-methodischen Kommission zur Rationalisierung des Bildungsprozesses von einer Arbeitsgruppe erarbeitet und an alle staatlichen Leiter sowie Vorsitzenden gesellschaftlicher Organisationen verteilt, damit sie allen TU-Angehörigen bekannt gemacht wird.

In der Rationalisierungskonzeption wird hervorgehoben, daß die Rationalisierung an der TU der Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität dient und damit zur Erfüllung der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahresplans beiträgt.

## WELCHE GRUNDSATZE UND ZIELE LIEGEN DER RATIONALISIERUNGSKONZEPTION ZUGRUNDE?

Für die Auswahl der Rationalisierungsschwerpunkte und -maßnahmen gelten folgende:

– Alle Maßnahmen der sozialistischen Rationalisierung sind mit der Verbesserung der Studien-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbinden.  
– Die Rationalisierungsmaßnahmen sind besonders darauf zu richten, einen hohen Zeiteffizienzanteil für die schöpferische wissenschaftliche Arbeit in Erziehung, Aus- und Weiterbildung sowie Forschung zu gewährleisten und Arbeitszeitverluste auszuscheiden.  
– Durch Rationalisierungsmaßnahmen sind eine hohe Auslastung und Nutzung aller Grundfonds, besonders der Raumfonds und hocheffektiven wissenschaftlichen Geräte, Maschinen und Anlagen, zu sichern und Reserven zu erschließen.

– Bei der Rationalisierung ist auf die sparsamste Verwendung von Material, Energie-, Kraft- und Brennstoffen in allen Bereichen zu orientieren.  
– Die im Fünfjahresplan zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Fonds sind zielgerichtet auf Schwerpunkte zur Modernisierung der Ausrüstungen und Verbesserung der Studien-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu konzentrieren.

– Durch Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen, mit den Partnern der Industrie und den örtlichen Organen sind weitere Möglichkeiten der gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen und Ausrüstungen, der gemeinsamen Lösung von Rationalisierungsvorhaben und der Unterstützung bei der Realisierung der Investitionen zu nutzen.  
– Der unmittelbare wissenschaftliche Inhalt der Lehre und Forschung ist nicht Bestandteil der Rationalisierungskonzeption.

Wichtig ist die Festlegung, daß an der TU nur eine Rationalisierungskonzeption für die Universität erarbeitet wird und daß die Aktualisierung und Konkretisierung in den Wettbewerbsprogrammen der Sektionen und Fachdirektorate erfolgt.

Die aktive Mitwirkung aller Universitätsangehörigen soll durch verschiedene Formen wie Erarbeitung konkreter Aufgaben für Neuerer und Abschluß von Neuerervereinbarungen, durch Vergabe von Jugendobjekten in Zusammenarbeit mit der FDJ, durch Vergabe von Belegarbeiten, Diplomarbeiten und Dissertationen zu Rationalisierungsaufgaben der TU sowie durch einen organisierten Erfahrungsaustausch im Zusammenhang mit der Publikation positiver Beispiele gesichert werden.

Folgende Komplexe wurden zu Schwerpunkten der sozialistischen Rationalisierung bis 1975 an der TU erklärt:

1. Rationalisierung der Aus- und Weiterbildung und der Studienorganisation.
2. Rationalisierung bei wissenschaftlichen, materiell-technischen und sozial-ökonomischen Dienstleistungen.

Auf die einzelnen Maßnahmen kann hier nicht eingegangen werden. Sie sind aus der Rationalisierungskonzeption der TU für den Zeitraum bis 1975 vom 6. März 1972 ersichtlich.

## WIE HABEN PARTEI, GEWERKSCHAFT UND FDJ SOWIE DIE SEKTIONEN- UND FACHDIREKTOREN BISHER DIE RATIONALISIERUNGSKONZEPTION UNTERSTÜTZT?

Das soll, auf die Partei bezogen, am Beispiel der Grundorganisation der SED Universitätsorgane (Rektorat und Fachdirektorate) dargestellt werden.

Die GO-Leitung beschloß nach Veröffentlichung des Aufrufs auf der Grundlage des Führungsplanes der SED-Kreisleitung der TU in ihrem Führungsplan eine Reihe von Maßnahmen zur Verwirklichung des Rationalisierungsauftrags. Alle Genossen der Grundorganisation wurden aufgefordert, durch ihr eigenes Beispiel und die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit ihren Kolleginnen und Kollegen die mobilisierende Rolle der Partei zu verwirklichen.

Für alle APO-Bereiche wurden Schwerpunktkomplexe erarbeitet. Die GO-Leitung bildete eine Arbeitsgruppe „Sozialistische Rationalisierung“, die in persönlichen Aussprachen den APO-Sekretären die Aufgabe stellte, sich einen Parteistandpunkt zu erarbeiten, wie in ihrem Verantwortungsbereich der Aufruf des Rektors, der UGL und der FDJ-Kreisleitung unter Führung der Parteiorganisation verwirklicht wird, wie die staatlichen Leitungen und Massenorganisationen angeleitet und mit ihnen zur Lösung dieser Aufgabe zusammengearbeitet wurde, wieviel und welche konkreten Vorschläge zur Rationalisierung gemacht und welche

davon ihrer besonderen Bedeutung wegen unter Parteikontrolle genommen wurden.

Diese persönlichen Aussprachen mit den APO-Sekretären und die Diskussionen in der Arbeitsgruppe haben sich als nützlich erwiesen. Es wurden Grundfragen der sozialistischen Rationalisierung behandelt. Unklarheiten konnten beseitigt werden, und Erfahrungen wurden ausgetauscht.

Dabei wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es der Parteiorganisation nicht darum geht und gehen kann, staatliche Verantwortung und Aufgaben zur Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung in der ersten Leitungsebene und im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich durch die Parteiorganisation zu übernehmen. Da die sozialistische Rationalisierung nicht nur ein technisch-organisatorisches, sondern ein politisch-ideologisches Problem ist, geht es um die führende und mobilisierende Kraft der Partei und um ihre Kontrollfunktion bei der Organisation der Rationalisierungs- und Neuererbewegung mit dem Ziel, das schöpferische Denken und Mitarbeiten eines jeden Arbeiters, Angestellten, Studenten und Wissenschaftlers bei der Gestaltung einer rationellen, also vernünftigen Arbeit, bestmögliche Lösungen der der Universität als Ganzes und speziell in den Bereichen gestellten Aufgaben zu erreichen. Schwerpunkt der Arbeit der Parteiorganisation sind also die politisch-ideologischen Probleme zur Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung im GO-Bereich, das heißt die Lösung des Aufrufs zu verwirklichen: Jeder TU-Angehörige ein Neuerer und Rationalisierer. Das erfordert, allen Mitarbeitern bewußt zu machen, daß wir die sozialistische Rationalisierung mit allen Menschen für alle Menschen verwirklichen wollen.

In einer Gesamtmitgliederversammlung legte die GO Universitätsorgane Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit und nahm eine kritische Analyse der Parteistandpunkte der APO-Leitungen vor.

Nach Beratungen in APOs und Parteigruppen wurden die Probleme der sozialistischen Rationalisierung auch in den AGLs und Gewerkschaftsgruppen beraten. Ein wichtiges Ergebnis dieser breiten Informationstätigkeit

war, daß sich nicht nur einzelne Mitarbeiter, sondern ganze Kollektive an der Verwirklichung des Aufrufs beteiligten, so zum Beispiel das Kollektiv des Universitätsarchivs, dessen Vorschlag mit geringfügigen räumlichen Veränderungen und Kosten zusätzliche Arbeitsräume und Lagerflächen brachte.

Leider kann nicht festgestellt werden, daß in allen Bereichen und Sektionen der TU die Partei- und Gewerkschaftsorganisation ihrer führenden und mobilisierenden Rolle gleichermaßen gerecht geworden sind. Kritisch muß auch festgestellt werden, daß von dem Mitunterzeichner des Aufrufs, der FDJ-Kreisleitung, zuwenig Aktivität ausging, um alle Studenten und Jugendlichen der TU in die Rationalisierungs- und Neuererbewegung einzubeziehen.

Die staatlichen Leitungen sind ihrer Verantwortung bei der Verwirklichung des Aufrufs auch nicht voll gerecht geworden. So mußte der Rektor zwei Monate nach Veröffentlichung des Aufrufs die Fach- und Sektionsdirektoren auf die minimale Resonanz und den völlig unbefriedigenden Stand der Beteiligung aufmerksam machen, obwohl sie in den Dienstbesprechungen aufgerufen worden waren, die Aktion zu unterstützen.

## WELCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN MÜSSEN GEZOGEN WERDEN?

Der Aufruf zur sozialistischen Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit an der TU war keine einmalige Kampagne für 1971. Die Bemühungen müssen 1972 und in den weiteren Jahren verstärkt fortgesetzt werden. Eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit ist die Rationalisierungskonzeption des Rektors und der UGL für den Zeitraum bis 1975.

Partei, Gewerkschaft, FDJ und staatliche Leitungen müssen gemeinsam dafür sorgen, daß alle Angehörigen der TU – Arbeiter, Angestellte, Studenten und Wissenschaftler – mit dem Ziel und dem Inhalt der Rationalisierungskonzeption vertraut gemacht werden und sich aktiv an deren Realisierung beteiligen.

In jedes Wettbewerbsprogramm und Kampfprogramm um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ sind konkrete Maßnahmen und Verpflichtungen aufzunehmen.

Die sozialistische Rationalisierung muß eine der Hauptaufgaben der Führungs- und Leitungstätigkeit eines jeden staatlichen Leiters werden, die systematisch vorbereitet, geplant und zum Gegenstand der täglichen Arbeit werden muß. Für die Realisierung bestimmter Maßnahmen sind Verantwortlichkeit und Termintreue konkret festzulegen und laufend zu kontrollieren.

Die staatlichen Leiter organisieren gemeinsam mit der Gewerkschaftsorganisation Schulungen über die sozialistische Rationalisierung und Neuererbewegung (besonders über die Neuererverordnung vom 22. Dezember 1971). Auf die stärkere Einheit von Rationalisierung und Neuererbewegung ist zu achten, da laut Neuererverordnung der Hauptinhalt des Neuererwesens die sozialistische Rationalisierung ist. Das Neuereraktiv der UGL wird hierzu Unterstützung gewährt. Es ist schrittweise aus einem über Vorschläge beratenden Organ zu einem mobilisierenden Organ für die Neuerertätigkeit an der TU zu entwickeln. Das Neuereraktiv wird Schwerpunkte aus der Rationalisierungskonzeption der TU auswählen und sie als Thema des Monats oder Quartals bekanntgeben. Positive Beispiele und Vorschläge mit hoher Effektivität sollen stärker als

bisher in geeigneter Weise, so auch in der UZ, publiziert werden, so zum Beispiel

- rationellere Gestaltung des Lehr- und Forschungsprozesses
- bessere Ausnutzung der Raumfonds und der hochwertigen Geräte, Maschinen und Anlagen,
- Einsparung von Material, Energie, Kraft- und Brennstoffen,
- Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Leitungs- und Verwaltungstätigkeit,
- Beseitigung von Arbeitszeitverlusten und Erschließung von Arbeitskraftreserven.

Es ist anzustreben, daß zur Unterstützung des Themas des Monats oder des Quartals durch die Mitglieder der Gruppe der URANIA der TU Vorträge und andere interessante Veranstaltungen organisiert werden, die gleiche Thematik zum Inhalt haben.

Abschließend sei betont, daß die sozialistische Rationalisierung beitragen muß, die Staatsaufgaben, die der TU gestellt sind, effektiver zu lösen: der Volkswirtschaft – klassenbewußte, klassenmäßig erzogene sozialistische Persönlichkeiten mit hohem Wissen, Können und ebensolchen Verhaltensqualitäten zur Verfügung zu stellen sowie eine Bildungsvorlauf schaffende Forschung effektiv zu gestalten. Damit leistet unsere Universität ihren Beitrag zur materiellen Sicherung der sozialpolitischen Beschlüsse des 5. Plenums.

## Kolloquium

Die Sektion Informationstechnik führt am Donnerstag, dem 15. Juni 1972, ihr 23. wissenschaftliches Kolloquium durch.

Thema: Welche Vorteile bietet die Stromschaltlogik? (Wirkungsprinzip von ECL-Schaltungen – wichtige Kenngrößen – Mehrerebenen-ECL-Gatter – Anwendungsbeispiele – Vergleich mit TTL).

Referent ist Dr.-Ing. W. Gross. Die Leitung hat Dr.-Ing. habil. W. Nowak. Das Kolloquium beginnt 16.30 Uhr s. t. im Hörsaal Textilchemie, Mommenstraße.

## Preiswettbewerb

Der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig hat in der öffentlichen Sitzung am 15. April 1972 ein Preiswettbewerb mit zwei Themen verkündet:

1. Wie kann das Denken in ökologischen Zusammenhängen als Grundlage der Erziehung zu umweltgerechtem Verhalten nutzbar gemacht werden?

2. Für welche Umweltfaktoren bzw. Normen fehlen einfache, großflächig anwendbare Überwachungsmethoden, und welche Vorschläge können dafür gemacht werden?

Nähere Angaben können auf Wunsch ab Anfang Juni 1972 durch das Akademiebüro schriftlich oder mündlich erhalten werden.

## Als Aktivist ausgezeichnet

Zum 1. Mai 1972 wurde als „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ auch Inge Antkowiak, Sektion Arbeitswissenschaften, ausgezeichnet.

Die gleiche Auszeichnung erhielt aus der Sektion Arbeitswissenschaften Peter Richter, nicht, wie in UZ 8/72 bekanntgegeben, Edgar Richter.